WIRTSCHAFTSKAMMER
BASELLAND

Medienmitteilung vom 11.04.2014
Zeichen Lead: 442; Zeichen Gesamttext: 2892

Eidgenössischer und kantonaler Urnengang vom 18. Mai

Wirtschaftsrat fasst Parolen

Liestal. Rund 70 Mitglieder des Wirtschaftsrats haben gestern Abend über die Vorlagen des eidgenössischen und kantonalen Urnengangs vom kommenden 18. Mai beraten. Für die Abstimmungskämpfe gegen die Mindestlohninitiative und für die Einführung einer Gewerbeparkkarte bewilligte der Wirtschaftsrat je 20'000 Franken aus dem Aktionsfonds der Baselbieter KMU sowie ebenfalls einen Kostenanteil von 25‘000 Franken an das Baselbieter Energiepaket.

Am kommenden 18. Mai gelangen vier eidgenössische und zwei kantonale Vorlagen vor das Stimmvolk. Wie einige Wochen vor einem Abstimmungssonntag üblich, hat der Wirtschaftsrat, das Parlament der Wirtschaftskammer, gestern Abend im Haus der Wirtschaft in Liestal getagt.

Dabei haben die rund 70 anwesenden Mitglieder des Wirtschaftsrats beschlossen, keine Parole zu fassen zum Bundesbeschluss vom 19. September 2013 über die medizinische Grundversorgung (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin»), zur Volksinitiative vom 20. April 2011 «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» sowie zum Bundesgesetz vom 27. September 2013 über den «Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen (Gripen-Fonds-Gesetz)».

Mit einer eindrücklichen Mehrheit gegenüber einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen wurde die Nein-Parole beschlossen zur Änderung des Gesetzes vom 20. Februar 2014 über die berufliche Vorsorge durch die Basellandschaftliche Pensionskasse (Pensionskassengesetz).

Bereits im Vorfeld der gestrigen Versammlung hatte der Wirtschaftsrat per Zirkularbeschluss überdies

einstimmig die Nein-Parole zur Volksinitiative vom 23. Januar 2012 «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohninitiative)» und mit 59 gegen eine Stimme bei einer Enthaltung die Ja-Parole für die Änderung der Kantonsverfassung vom 13. Februar 2014 «Einführung einer Gewerbeparkkarte» gefasst. Für den Abstimmungskampf im Zusammenhang mit diesen beiden Geschäften hat der Wirtschaftsrat gestern je 20'000 Franken aus dem Aktionsfonds der Baselbieter KMU bewilligt. Und zuhanden des Baselbieter Energiepakets hat der Wirtschaftsrat bei einer Enthaltung einstimmig aus dem Aktionsfonds einen Kostenbeitrag von 25'000 Franken gesprochen.

Mit dem Aktionsfonds der Baselbieter KMU werden im Interesse der Verbandsmitglieder Aktivitäten zur Stärkung und Verteidigung der Positionen der regionalen KMU-Wirtschaft finanziert. Dazu gehören insbesondere Kampagnen zur Förderung von KMU-wirtschaftsfreundlichen Anliegen und zur Abwehr von wirtschafts- und unternehmerfeindlichen Volksinitiativen, Referenden, Gesetzen, Verordnungen und Reglementen. Über die Verwendung der Mittel und die Verwaltung des Aktionsfonds bestimmt ausschliesslich der Wirtschaftsrat. Der Aktionsfonds wird von den Mitgliedern solidarisch mit einem statutarischen Jahresbeitrag von 35 Franken getragen.

Kontakte

Landrat Christoph Buser
Direktor
Wirtschaftskammer Baselland
Telefon 076 324 98 33

Daniel Schindler
Kommunikationsbeauftragter
Wirtschaftskammer Baselland
Telefon 061 927 65 62; 079 688 30 46